

Bei Milliardären und Privatfliegern ist noch mehr zu holen



Von **Henryk M. Broder**
Reporter

Stand: 25.11.2025 | Lesedauer: 5 Minuten



WELT-Autor Henryk M. Broder

Quelle: Martin U. K. Lengemann/WELT

Der Umweltminister von der SPD will besonders Reiche beim Fliegen extra zur Kasse bitten. Eine Idee, die sich problemlos weiterentwickeln lässt: Wer reich ist, sollte auch mehr für einen Führerschein oder eine Keksrolle bezahlen.

Vor kurzem stolperte ich über eine Meldung, in der es darum ging, wie man mehr Mittel für den Schutz des Klimas generieren könnte, ohne die Wirtschaft noch stärker zu belasten. Ein Sprecher von Bundesumweltminister Carsten Schneider (SPD) sagte dem „Spiegel“ (<https://www.deutschlandfunk.de/spanien-und-frankreich-fuer-abgabe-auf-luxus-flugreisen-100.html>) : „Jeder, der First Class oder im Privatflieger unterwegs ist, wird ohne Probleme darauf eine Abgabe zahlen können.“ Ein Sprecher von Bundesfinanzminister Lars Klingbeil (SPD), äußerte sich zustimmend.

Weiter hieß es in der Meldung, Jennifer Morgan, „die unter der Ampelkoalition im Auswärtigen Amt zuständig für internationale Klimapolitik war“, habe sich ebenfalls dafür ausgesprochen, „Milliardäre und Privatflieger zu besteuern“, was „sowohl fair als auch notwendig“ wäre. Zur Erinnerung: Jennifer Morgan, geborene US-Amerikanerin, war in einem Eilverfahren eingebürgert worden, damit sie den Posten einer Staatssekretärin unter Annalena Baerbock annehmen konnte. Offenbar hat die Transition von der Ampel zu Schwarz-Rot die Leiharbeiterin nicht arbeitslos gemacht.

Zuerst dachte ich, das Ganze wäre ein Scherz. Wie viele Milliardäre und Privatflieger gibt es in Deutschland? Würde der bürokratische Aufwand, diese Menschen zu erfassen und mit einer Extrasteuer zu belegen, den Ertrag nicht bei weitem übersteigen? Wie das schon bei der Hundesteuer seit langem der Fall ist.

Je länger ich dann aber über den Vorschlag nachdachte, reiche Menschen, speziell Milliardäre und Privatflieger, zur Kasse zu bitten, um das Klima zu retten, umso plausibler erschien er mir. Wenn sich jemand einen Erste-Klasse-Flug von Frankfurt nach Montevideo leisten kann, der mehrere Tausend Euro kostet, wird er durch eine zusätzliche Abgabe von, sagen wir, 300 bis 500 Euro pro Ticket nicht zum Sozialfall. Da ist noch viel Luft nach oben.

Ich kann mir sogar vorstellen, dass gerade Milliardäre und Privatflieger ihre Reisen noch mehr genießen würden, wenn der exklusive Service an Bord mit einer Anerkennung daherkäme, dass sie, die Milliardäre und Privatflieger, einen Beitrag zum Schutz natürlicher Biotope geleistet haben, sei es der Regenwald in Brasilien oder das Wurzacher Ried in Baden-Württemberg. Menschen mögen es, Gutes zu tun, wenn sie dafür das Gefühl bekommen, gute Menschen zu sein. Zum Schutze des Klimas nehmen sie es sogar in Kauf, in einem Hotel der Oberklasse nur jeden zweiten Tag frische Handtücher zu bekommen.

Zurück zu den Milliardären und Privatfliegern. Wenn es machbar wäre, die Höhe einer Gebühr danach auszurichten, wie „reich“ die betroffene Person ist, dann müsste ein Normalverdiener für die Ausstellung eines Führerscheins je nach Bundesland 25 bis 40 Euro zahlen, Milliardäre und Privatflieger dagegen mindestens das Hundertfache. Und das würde durchaus dem Gerechtigkeitsempfinden der meisten Menschen entsprechen.

Auch hier stellt sich wieder die Frage nach dem Aufwand. Aber das ist nur eine Frage der Zeit. In Brüssel plant man bereits ein EU-weites „Vermögensregister“ für Vermögenswerte über 200.000 Euro, „um Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung zu bekämpfen“, so die offizielle Begründung des Projekts.

Wenn es mit der Entwicklung der Künstlichen Intelligenz wie bisher weitergeht, wird der „gläserne Bürger“ sehr bald von jeder Ladenkasse aus „gelesen“ werden können, es wird kein Bargeld und keine geschützte Privatsphäre mehr geben. Der Preis einer Ware oder einer Leistung, zum Beispiel einer Dauerwelle, wird sich danach richten, wie „vermögend“ bzw. „reich“ der Kunde ist. Für eine „Prinzenrolle“ von de Beukelaer wird es keinen fixen Preis geben, sie wird zwischen 2,50 und 25 Euro kosten, abhängig davon, welche Auskunft das „Vermögensregister“ in einer Millisekunde ausspuckt. Man wird das Verfahren „einkommensbedingte Flexibilisierung der Preisgestaltung“ nennen, das „Preisgerechtigkeit“ garantieren soll. Seltsam, dass dieser Begriff noch nicht erfunden wurde.

Es ist bekannt, dass „arme“ Haushalte 50 Prozent und mehr ihres Einkommens für Lebensmittel ausgeben, „reiche“ Haushalte dagegen nur zwischen zehn und 20 Prozent. Hier existiert in der Tat eine „Gerechtigkeitslücke“, die weit größer ist als der „Gender gap“ zwischen den Einkommen von Männern und Frauen. Ist es gerecht, dass bedürftige Menschen für eine Ware oder eine Leistung nominell den gleichen, aber gemessen am verfügbaren Einkommen einen viel höheren Preis bezahlen als vermögende Menschen? Nein, ist es nicht. Der tatsächliche und der gefühlte Preis weisen in entgegengesetzte Richtungen. Hier muss dringend nachjustiert werden.

Man könnte zum Beispiel die Mehrwertsteuer auf Lebensmittel von derzeit sieben Prozent auf 14 Prozent für die Besserverdiener anheben – und für die Schlechterverdiener abschaffen. Die einen würden es kaum merken, die anderen wären entlastet und hätten mehr Geld zur Verfügung.

Alles, was man dazu bräuchte, wäre eine persönliche Identifikationsnummer. Und die gibt es bereits seit 2008. Jeder Bundesbürger hat eine, viele wissen es nur nicht. Diese PIN, eine elfstellige Nummer, wäre für die Preisgestaltung bei allen Dingen des täglichen Bedarfs maßgeblich. Ausgenommen Luxusartikel wie Uhren von Piaget, Champagner von Dom Perignon und Papierosy aus Russland.

Natürlich müsste vorher geprüft werden, ob eine solche Regelung nicht gegen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) verstoßen würde, das Benachteiligungen „aufgrund von Rasse, ethnischer Herkunft, Geschlecht, Religion, Weltanschauung, Behinderung, Alter oder sexueller Identität“ verbietet. Von Benachteiligung beziehungsweise Bevorzugung aufgrund ökonomischer Umstände ist im AGG keine Rede.

Eine „Klimaabgabe“ für First-Class- und Privatflüge mag ökonomisch unerheblich und ökologisch sinnlos sein, wäre aber trotzdem ein Schritt in die richtige Richtung für mehr Preisgerechtigkeit – zuerst über den Wolken und danach bei Aldi an der Kasse.
